

Niederschrift

über die **57. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 22.09.2010, 16.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

Tagesordnungspunkt 1 wird in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

1. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.08.2010
Bericht des Magistrats
- 101.16.1566 -

Fortsetzung der Tagesordnung in öffentlicher Sitzung

2. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014 101.16.1803
3. Feststellung des Jahresabschlusses 2009 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb - Eigenbetrieb der Stadt Kassel 101.16.1831
4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16.12.1991 in der Fassung der Elften Änderung vom 08.12.2008 (Zwölfte Änderung) 101.16.1847
5. Verwaltungsstreitverfahren Stadt Kassel ./.. Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wegen Anordnung im Kreuzungsrechtsverfahren gemäß § 6 EKrG betreffend die Erneuerung der Brücke Tannenstraße 101.16.1848
6. Neufassung der Kurbeitragssatzung der Stadt Kassel für den Kurbezirk Kassel-Bad Wilhelmshöhe 101.16.1849
7. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste IX/2010 - 101.16.1852
8. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 6/2010 - 101.16.1853
9. Städtische Werke AG (STW)
Gründung der Stadtwerke Union Nordhessen (SUN) 101.16.1856
10. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass 101.16.1799
11. Zukunftsfähiges Wirtschaften 101.16.1808
12. Keine Gebühren für Straßenmusik 101.16.1484
13. Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA 101.16.1551

14.	Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren	101.16.1569
15.	Gebührenbescheide für Grundstücksabgaben	101.16.1605
16.	Beratungsnotstand im Kulturdezernat?	101.16.1606
17.	Rücknahme der Logistikgebühr für Sperrmüll und Grünabfall	101.16.1650
18.	Situation Schaustellerverband	101.16.1669
19.	Öffnung von städtischen Räumen für politische Initiativen	101.16.1699
20.	Nutzung eines Dienstfahrzeuges durch den Oberbürgermeister	101.16.1700
21.	Transparenz erhöhen, Bürgerinfosystem ergänzen	101.16.1711
22.	Haushaltsreste zum Abschluss des Haushaltsjahres 2009	101.16.1717
23.	Kassel-Marathon	101.16.1731
24.	Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparung	101.16.1738
25.	Rückverpachtung Grundstücksstreifen Fuldaufer	101.16.1739
26.	Energie in Bürgerhand - Bürgerbeteiligung an der Städtische Werke AG	101.16.1755
27.	SchülerInnenticket im Solidarmodell	101.16.1756
28.	Auebad Sprunganlage Sanierung starten	101.16.1759
29.	Steuerschätzung	101.16.1768
30.	Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises	101.16.1788
31.	Zweitwohnungssteuer	101.16.1816
32.	Mediationsverfahren Friedhofspflegearbeiten	101.16.1841
33.	Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken - Zukunft der Stadtwerke	101.16.1865

Es ist beabsichtigt, nachfolgende Tagesordnungspunkte in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

34.	Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG)	101.16.1859
-----	----------------------------------------------------------------------	-------------

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 15.09.2010 ordnungsgemäß einberufene 57. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Als Tischvorlage werden verteilt zu

TOP 26 Energie in Bürgerhand - Bürgerbeteiligung an der Städtische Werke AG
- 101.16.1755 -

der geänderte gemeinsame Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG in Form eines Auszuges aus dem Protokoll der Sitzung vom 18.08.2010

und zu

TOP 6 Neufassung der Kurbeitragssatzung der Stadt Kassel für den Kurbezirk Kassel-Bad Wilhelmshöhe
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1849 -

die Stellungnahmen der beteiligten Ortsbeiräte.

Weiterhin teilt Vorsitzende Friedrich mit, dass

TOP 1 Wertgutachten Städtische Werke vorstellen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.08.2010
Bericht des Magistrats
- 101.16.1566 -

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wird.

Stadtverordneter Hartig, SPD-Fraktion, beantragt den

TOP 34 Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG)

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1859 -

der in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden soll, vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 1 zur Beratung aufzurufen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Behandlung des Tagesordnungspunktes betr. Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG), 101.16.1859, nach Tagesordnungspunkt 1, wird **zugestimmt**.

Vorsitzende Friedrich stellt fest, dass folgende Tagesordnungspunkte heute wegen Beratungsbedarf abgesetzt werden auf Antrag von Stadtverordneten Hartig, SPD-Fraktion,

TOP 11 Zukunftsfähiges Wirtschaften

Bürgereingabe nach § 20 a der GO der Stadtverordnetenversammlung

- 101.16.1808 -,

auf Antrag von Stadtverordneter Müller, Fraktion B90/Grüne,

TOP 6 Neufassung der Kurbeitragssatzung der Stadt Kassel für den Kurbezirk Kassel-Bad Wilhelmshöhe

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1849 -,

TOP 10 Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass

Bürgereingabe nach § 20 a der GO der Stadtverordnetenversammlung

- 101.16.1799 -

und

TOP 31 Zweitwohnungssteuer

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1816 -.

Stadtverordnete Müller, Fraktion B90/Grüne, beantragt die heutige Behandlung des

TOP 33 Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken - Zukunft der Stadtwerke

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1865 -.

Stadtverordneter Lewandowski, CDU-Fraktion, spricht dagegen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion B90/Grüne auf heutige Behandlung des Tagesordnungspunktes betr. Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken - Zukunft der Stadtwerke, 101.16.1865, wird **abgelehnt**.

Vorsitzende Friedrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Tagesordnung

Vor Aufruf der Tagesordnungspunktes 1 und 34 bittet Vorsitzende Friedrich die anwesenden Gäste den Raum zu verlassen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:20 Uhr.

- 1. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.08.2010
Bericht des Magistrats
- 101.16.1566 -

Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Nach Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung wird der Tagesordnungspunkt

- 34. Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG)**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1859 -

ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit nach Tagesordnungspunkt 1 behandelt.
Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzende Friedrich setzt die Tagesordnung in öffentlicher Sitzung um 17:00 Uhr fort..

- 2. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1803 -

1. Lesung - Fortsetzung

Stadträtin Janz beantwortet die offen gebliebene Frage von Stadtverordneten Strube, CDU-Fraktion betr. Zahlen der Meldungen von Kindeswohlgefährdungen im Jahr 2010.

Nachrichtlich teilt Vorsitzende Friedrich den Mitgliedern mit, dass der Schlussbericht des Hessischen Rechnungshofes, 132. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2009: Großstädte“ am 18.05.2010 vom Büro der Stadtverordnetenversammlung an die Fraktionen und Fraktionslosen Stadtverordnete verschickt wurde.

Die Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2011 in 1. Lesung ist abgeschlossen.

**3. Feststellung des Jahresabschlusses 2009 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb
- Eigenbetrieb der Stadt Kassel**

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1831 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der testierte Jahresabschluss per 31.12.2010 des Kasseler Entwässerungsbetriebes wird festgestellt. Über die Gewinnverwendung wird wie folgt entschieden:

1. Der Gewinn des Geschäftsjahres 2009 i.H.v. 1.922.245,01 Euro ist auf neue Rechnung des Jahres 2010 vorzutragen,
2. von dem Gewinnvortrag 2009 i.H.v. 3.898.850,14 Euro sind 780.000,00 Euro an die Stadt Kassel als Eigenkapitalverzinsung abzuführen und 3.118.850,14 Euro der Rücklage Abwasser zuzuführen. Der Rücklage Abscheider sind 61.340,75 Euro zu entnehmen und der Rücklage Abwasser zuzuführen.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Feststellung des Jahresabschlusses 2009 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb - Eigenbetrieb der Stadt Kassel, 101.16.1831, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Doose

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16.12.1991 in der Fassung der Elften Änderung vom 08.12.2008 (Zwölfte Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1847 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16.12.1991 in der Fassung der Elften Änderung vom 08.12.2008 (Zwölfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Bürgermeister Kaiser erklärt zu Protokoll, dass die Stellungnahme des Ortsbeirates Bad Wilhelmshöhe in der Begründung zur Vorlage des Magistrats wie folgt korrigiert werden muss:

„Der Beschluss des Ortsbeirates Bad Wilhelmshöhe vom 20.08.2008, den Willi-Brandt-Platz in Reinigungsklasse 2 einzustufen, wurde erfüllt.“

Im Rahmen der Diskussion beantworteten Oberbürgermeister Hilgen und Bürgermeister Kaiser die Fragen der Ausschussmitglieder.

Stadtverordneter Oberbrunner bittet um Prüfung, ob die Bezeichnung Hiroshima-Ufer für den Auedamm rechts ist. Er bittet um Prüfung bis zur nächsten Sitzung des Rechtsausschusses am 23.09.2010.

Oberbürgermeister Hilgen sagt die Beantwortung der Frage zu.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung) vom 16.12.1991 in der Fassung der Elften Änderung vom 08.12.2008 (Zwölfte Änderung), 101.16.1847, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Weber

5. Verwaltungsstreitverfahren Stadt Kassel ./ Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wegen Anordnung im Kreuzungsrechtsverfahren gemäß § 6 EKrG betreffend die Erneuerung der Brücke Tannenstraße

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1848 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt gemäß § 51 Nr. 18 HGO der Beendigung des beim Verwaltungsgericht Kassel anhängigen Verwaltungsstreitverfahrens durch gerichtlichen Vergleich entsprechend der anliegenden Mediationsvereinbarung der Beteiligten zu“.

Oberbürgermeister Hilgen und Herr Peter, Rechtsamt, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Verwaltungsstreitverfahren Stadt Kassel ./.
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung wegen Anordnung im Kreuzungsrechtsverfahren gemäß
§ 6 EKrG betreffend die Erneuerung der Brücke Tannenstraße, 101.16.1848, wird
zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

6. Neufassung der Kurbeitragssatzung der Stadt Kassel für den Kurbezirk Kassel-Bad Wilhelmshöhe

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1849 -

Abgesetzt

7. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste IX/2010 -

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1852 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste IX/2010 gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendungen/Auszahlungen (wirken sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)

im Ergebnishaushalt in Höhe von	6.800,00 €
im Finanzhaushalt in Höhe von	11.816,70 €

Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 6/2010 -

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1853 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 6/2010 enthaltene über- und außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung

im Finanzhaushalt in Höhe von 95.000,00 €“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 6/2010 -, 101.16.1853, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

9. Städtische Werke AG (STW) Gründung der Stadtwerke Union Nordhessen (SUN)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1856 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Beteiligung der STW an der SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 16.750 € (67 %) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Anlage 1) zugestimmt.
2. Der Beteiligung der STW an der SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH mit einer Stammeinlage von 16.750 € (67 %) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Anlage 2) zugestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.
Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, erklärt zu Protokoll, dass er sich heute bei der Abstimmung enthalten wird, da der Meinungsbildungsprozess seiner Fraktion noch nicht abgeschlossen ist.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke AG (STW)
Gründung der Stadtwerke Union Nordhessen (SUN), 101.16.1856, wird
zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

- 10. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.16.1799 -

Abgesetzt

- 11. Zukunftsfähiges Wirtschaften**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.16.1808 -

Abgesetzt

- 12. Keine Gebühren für Straßenmusik**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1484 -

Antrag

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel verzichtet auf die Ausstellung von Sondernutzungsgenehmigungen **und Erhebung von Gebühren für Kleinkunst und Straßenmusik.**
Die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) wird entsprechend geändert. Die Gebühren zu den Ziffern 4.11 und 4.12 der Gebührengruppe IV werden gestrichen.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke.ASG, begründet den geänderten Antrag.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Im ersten Satz des geänderten Antrages werden die Worte

„Ausstellung von Sondernutzungsgenehmigungen und“

gestrichen.

Stadtverordneter Schnell, SPD-Fraktion, begründet den Änderungsantrag für seine Fraktion.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Keine Gebühren für Straßenmusik, 101.16.1484, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel verzichtet auf die Erhebung von Gebühren für Kleinkunst und Straßenmusik. Die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) wird entsprechend geändert. Die Gebühren zu den Ziffern 4.11 und 4.12 der Gebührengruppe IV werden gestrichen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Keine Gebühren für Straßenmusik, 101.16.1484, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Engels

13. Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1551 -

Anfrage

Der Kämmerer hat erklärt, dass wegen der Art der Finanzierung der Ausbildungsplätze bei JAFKA lediglich junge Menschen mit dem ersten Wohnsitz in Kassel für diese Ausbildungsplätze in Frage kommen.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Bewerbungen sind in den letzten 3 Jahren zurückgewiesen worden, weil die Bewerber/innen mit erstem Wohnsitz nicht im Stadtgebiet Kassel ansässig waren?
2. Wie viele Menschen mussten ihre Ausbildung bei JAFKA abbrechen, weil sie während der Ausbildungszeit aus dem Stadtgebiet weggezogen sind?

3. Gibt es ähnliche Zugangsbeschränkungen auf Ausbildungsplätze auch für junge Menschen aus Kassel, die sich bei den Umlandgemeinden oder im Landkreis bewerben?
4. Wie beurteilt der Magistrat solche Zugangsbeschränkungen auf dem Hintergrund der Bemühungen um die Entwicklung der "Region Kassel"?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage.

Im Anschluss beantwortet er die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen für erledigt.

14. Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.1569 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Bis wann wird die Erstellung des Gutachtens zur Abfallgebührensituation beauftragt worden sein?
2. Wann soll das Gutachten fertig gestellt sein?
3. Welche Untersuchungsgegenstände werden konkret und im Einzelnen beauftragt werden?

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser für erledigt.

15. Gebührenbescheide für Grundstücksabgaben

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.1605 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie konnte es sein, dass die aktuellen Grundstücksabgabenbescheide für das Jahr 2010 fehlerhaft erstellt wurden?
2. Um wie viele Bescheide handelt es sich?
3. Wer ist für den Fehler verantwortlich?
4. Welche Kosten sind dadurch entstanden?

5. Wer trägt diese Kosten? (Aufgeschlüsselt nach Kostenbereichen)
6. Wie wird sichergestellt, dass derartige Fehler sich zukünftig nicht wiederholen?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage und die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel für erledigt.

- 16. Beratungsnotstand im Kulturdezernat?**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1606 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Veränderungen im Kulturdezernat haben eine solche Kompetenzlücke gerissen, dass sich der neue Kulturdezernent gezwungen sieht, Beratungshilfe in Höhe von knapp EUR 80.000,00 einzukaufen?
2. Warum sind die vorhandenen Mitarbeiter/innen nicht in der Lage die Aufgaben zu erfüllen?
3. Ist vorgesehen/notwendig, dass auch in den anderen Dezernaten kompetente Berater mit solchem finanziellen Aufwand engagiert werden müssen? (Bsp.: Sport / Soziales / Stadtplanung)
4. Warum erfolgte keine Anstellung im Rahmen eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses?
5. Welcher zeitliche und inhaltliche Umfang ist mit dem Beratungsvertrag abgedeckt (Zuständigkeit / Stundenumfang)?
6. Wie ist der Beratervertrag mit Herrn Nordhoff haushaltstechnisch zu beurteilen? (nicht verabschiedeter Haushalt / "freiwillige Leistung")
7. Im Jugendcafe Treppenstraße herrscht nach übereinstimmender Meinung aller Mitglieder des Jugendhilfeausschuss ein fast notfallmäßiger Personalnotstand. Hat der Magistrat vor, zum Beispiel auch an dieser Stelle kurzfristig mit dem Einsatz von Honorarmitteln in 5-stelliger Höhe Entlastung zu schaffen?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage.
Im Rahmen der Diskussion beantwortet er die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen für erledigt.

- 17. Rücknahme der Logistikgebühr für Sperrmüll und Grünabfall**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1650 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Logistikgebühr in der Abfallwirtschafts- und –gebührensatzung wird mit Wirkung zum 1.7.2010 zurückgenommen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: CDU (2)
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Rücknahme der Logistikgebühr für Sperrmüll und Grünabfall, 101.16.1650, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Müller

18. Situation Schaustellerverband

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1669 -

Anfrage

Bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse auf der Schwanenwiese hat der Vorsitzende des Schaustellerverbandes Kassel-Göttingen e.V., Herr Konrad Ruppert, öffentlich über finanzielle Schwierigkeiten, insbesondere die Kostenbelastung durch die finanzielle Beteiligung am Ausbau der Schwanenwiese, den Wegfall der Einnahmen aus dem eigenständig durchgeführten Weihnachtsmarkt auf dem Friedrichsplatz und hohe städtische Gebühren, welche die Durchführung zukünftiger Messen auf der Schwanenwiese gefährden und zur Insolvenz des Schaustellerverbandes führen könnte, geklagt.

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Bedeutung haben die Messen auf der Schwanenwiese für die Kasseler Bevölkerung?
2. Wie beurteilt der Magistrat die finanzielle Situation des Schaustellerverbandes?
3. Welche Kosten entstehen dem Schaustellerverband durch die finanzielle Beteiligung am Ausbau des Festplatzes Schwanenwiese?
4. Welche Gebühren werden für die Durchführung der Messen erhoben und gibt es Möglichkeiten, diese zu reduzieren oder zu erlassen?
5. Welche Möglichkeiten gibt es aus Sicht des Magistrats, dem Schaustellerverband bei seinen finanziellen Problemen zu helfen?
6. Wie beurteilt der Magistrat diesbezügliche Vorschläge des Schaustellerverbandes wie zum Beispiel die Durchführung eines Volksfestes vom 30.09. bis 04.10.2010 in der Innenstadt?

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser für erledigt.

19. Öffnung von städtischen Räumen für politische Initiativen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1699 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert sicher zu stellen, dass in allen städtischen Räumen, bzw. in allen von der Stadt mit Investitions- oder Betriebskostenzuschüssen getragenen Bürgerräumen politische Initiativen und Gruppierungen neben allen anderen Gruppierungen ebenfalls Anmietungen vornehmen können.

Stadtverordneter Selbert, Kasseler Linke.ASG, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU (1), B90/Grüne

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Öffnung von städtischen Räumen für politische Initiativen, 101.16.1699, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

20. Nutzung eines Dienstfahrzeuges durch den Oberbürgermeister

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1700 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Marke/Klasse Dienstfahrzeuge standen den amtierenden Oberbürgermeistern der Stadt Kassel in den Jahren 2003 / 2004 / 2005 / 2006 / 2007 / 2008 / 2009 / 2010 zur Verfügung?
2. Welche Kosten sind je Haushaltsjahr (Angaben Ist bzw. Plan) im Zusammenhang mit dem Fahrzeug entstanden? (Angaben in Bezug auf Leasing-/Anschaffungskosten und laufende Kosten Steuern/Versicherung/Verbrauch/Fahrzeugunterhaltung)
3. Wie lagen die Verbrauchskosten der eingesetzten Fahrzeuge (Werksangabe: l/auf 100km)?
4. Wie hoch war die CO2 Emission der Fahrzeuge pro Kilometer?
5. Wie war die Schadstoffklasseneinstufung nach der Euro-Norm?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen für erledigt.

- 21. Transparenz erhöhen, Bürgerinfosystem ergänzen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1711 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 22. Haushaltsreste zum Abschluss des Haushaltsjahres 2009**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1717 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 23. Kassel-Marathon**
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.16.1731 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 24. Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparung**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1738 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 25. Rückverpachtung Grundstücksstreifen Fuldaufer**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1739 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 26. Energie in Bürgerhand - Bürgerbeteiligung an der Städtische Werke AG**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1755 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

27. SchülerInnenticket im Solidarmodell

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1756 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

28. Auebad Sprunganlage Sanierung starten

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1759 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

29. Steuerschätzung

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1768 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

30. Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1788 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

31. Zweitwohnungssteuer

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1816 -

Abgesetzt

32. Mediationsverfahren Friedhofspflegearbeiten

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1841 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 33. Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken - Zukunft der Stadtwerke**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1865 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 34. Projektentwicklungsgesellschaft Kassel-Unterneustadt mbH i. L. (PEG)**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1859 -

Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 57. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen am
Mittwoch, 22.09.2010, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Petra Friedrich, SPD
Vorsitzende

Georg Lewandowski, CDU
1. stellvertretender Vorsitzender

Gernot Rönz, B90 / Grüne
2. stellvertretender Vorsitzender

Anke Bergmann, SPD
Mitglied

Uwe Frankenberger, MdL, SPD
Mitglied

Christian Geselle, SPD
Mitglied

Dipl.-Ing. Hermann Hartig, SPD
Mitglied

Dr. Bernd Hoppe, SPD
Mitglied

Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied

Monika Sprafke, SPD
Mitglied

Dr. Maik Behschad, CDU
Mitglied

Bernd-Peter Doose, CDU
Mitglied

~~R. Engels~~
~~Donald Strube~~, CDU
Mitglied

Dr. Norbert Wett, CDU
Mitglied

Anja Lipschik, B90 / Grüne
Mitglied

Karin Müller, MdL, B90 / Grüne
Mitglied





i. V. Helge Koch

Anke Bergmann

i. V. H. Frankenberger

Christian Geselle

Hermann Hartig

Dr. Bernd Hoppe

Günther Schnell

Monika Sprafke

Dr. Maik Behschad

Bernd-Peter Doose

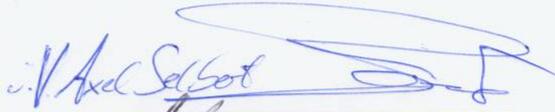
R. Engels

Dr. Norbert Wett

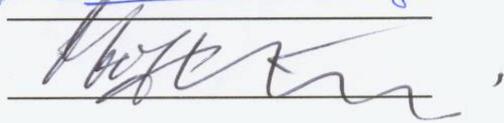
Anja Lipschik

Karin Müller

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Mitglied



Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied



Teilnehmer mit beratender Stimme

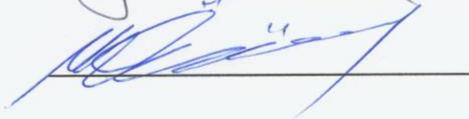
Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete



Metin Öztürk,
Vertreter des Ausländerbeirates

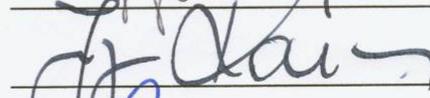


Magistrat

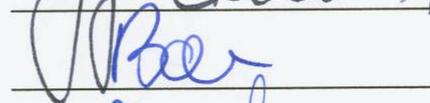
Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



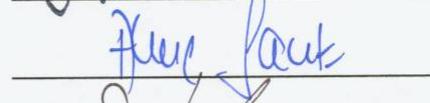
Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister



Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer



Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin



Dr. Joachim Lohse, parteilos
Stadtrat



Schriftführung

Nicole Schmidt,
Schriftführerin



Edith Schneider,
-16-



Verwaltung/Gäste

HERBIE -KVV-



HERBOS -10-



Her-King -20-

Anwesenheitsliste zur
57. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 22.09.2010

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 22. September 2010

Tagesordnungspunkt 13

Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1551 -

Oberbürgermeister Hilgen

Herr Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herrn.
Die Anfrage besteht aus 4 Fragen, die ich in der gestellten Reihenfolge auch so beantworten will.

- 1. Wie viele Bewerbungen sind in den letzten 3 Jahren zurückgewiesen worden, weil die Bewerber/innen mit erstem Wohnsitz nicht im Stadtgebiet Kassel ansässig waren?**

Ich nenne Ihnen die Anzahl der Bewerber insgesamt und dann Diejenigen, die nicht berücksichtigt werden konnten, weil sie nicht in der Stadt Kassel ihren ersten Wohnsitz hatten.

Im Jahre 2006 hatten wir insgesamt 101 Bewerberinnen und Bewerber, von denen wurden 3 aus dem Grunde abgelehnt, da sie nicht den ersten Wohnsitz in unserer Stadt hatten.

Im Jahre 2007 hatten wir insgesamt 49 Bewerberinnen und Bewerber, von denen wurde 1 aus dem genannten Grund abgelehnt.

Im Jahre 2008 hatten wir 82 Bewerbungen, von denen wurden 4 abgelehnt.

Und im Jahre 2009 hatten wir 55 Bewerberinnen und Bewerber die einen Ausbildungsplatz bei JAFKA haben wollten und von denen haben wir 5 zurückgewiesen.

- 2. Wie viele Menschen mussten ihre Ausbildung bei JAFKA abbrechen, weil sie während der Ausbildungszeit aus dem Stadtgebiet weggezogen sind?**

Die Antwort heißt: Keiner und Keine.

- 3. Gibt es ähnliche Zugangsbeschränkungen auf Ausbildungsplätze auch für junge Menschen aus Kassel, die sich bei den Umlandgemeinden oder im Landkreis bewerben?**

Das möchte ich zusammen mit der Frage 4 beantworten.

- 4. Wie beurteilt der Magistrat solche Zugangsbeschränkungen auf dem Hintergrund der Bemühungen um die Entwicklung der "Region Kassel"?**

Weil der Grund den ich schildere für die Antwort der Fragen 3 und 4 der Selbe ist. Das sind Programme, die nicht ausschließlich aus städtischen Mittel finanziert werden, sondern, das sind Programme, die mitfinanziert werden zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil durch die AFK. Und die AFK hat eine Zuständigkeit für die Stadt, aber nicht für den Landkreis. Insofern können bei Programmen, die AFK mitfinanziert sind auch nur Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in diesen Genuss kommen. Nach meinem Kenntnisstand gibt es ein ähnliches Stadtnetz- oder Landkreisnetzprogramm, wie wir es für die Stadt haben unter Beteiligung mehrerer Unternehmen und unter Bündelung unterschiedlicher Programme. Jedenfalls nicht so im

Landkreis wie wir es in der Stadt haben. Deswegen kann ich die Frage 3 nur so beantworten, dass nach unserem Kenntnisstand mangels vergleichbaren Programmen auch keine Zugangsbeschränkungen in dieser Art bestehen. Wir wären nicht berechtigt, ich sag das ganz deutlich, für junge Menschen, die nicht in der Stadt ihren ersten Wohnsitz haben AFK-Mittel einzusetzen. Und da die AFK-Mittel einen nicht unbeträchtlichen Teil der Gesamtfinanzierung darstellen, schließt eine Beteiligung der AFK in der Finanzierung die Beteiligung eines jungen Mannes oder einer jungen Frau, die nicht im Zuständigkeitsbereich der AFK Kassel wohnt aus.

Das sind meine Antworten zu den Fragen 1, 2, 3 und 4 zusammengefasst.

Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung
gefertigt für die Niederschrift des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 18.08.2010
von Nicole Schmidt
am 04.10.2010
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Sitzung des Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 22. September 2010

Tagesordnungspunkt 14

Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.1569 –

1. Bis wann wird die Erstellung des Gutachtens zur Abfallgebührensituation beauftragt worden sein?
2. Wann soll das Gutachten fertig gestellt sein?
3. Welche Untersuchungsgegenstände werden konkret und im Einzelnen beauftragt werden?

Die Anfrage beantwortet Bürgermeister Kaiser wie folgt:

Zur Frage 1

Das Gutachten ist beauftragt worden. Seit geraumer Zeit.

Zur Frage 2

Wann soll das Gutachten fertig gestellt werden, ist eine gute Formulierung, weil, es soll fertig gestellt werden. Wenn möglichst ziemlich schnell. Allerdings ist nach jetzigem Stand der Dinge damit zu rechnen, dass es dieses Jahr nicht fertig wird.

Zur Frage 3

Und welche Untersuchungsgegenstände werden konkret und im Einzelnen beauftragt. Das Problem besteht darin, dass wir versucht haben einen Gutachter zu finden, der uns beide Komponenten erfüllt. Nämlich im Stadtverordnetenbeschluss war ja nicht nur die Frage der Wirtschaftlichkeit, sondern auch die der ökologischen Effizienz gefordert. Das heißt wir haben einen Gutachter gesucht, der beide Seiten abdeckt. Das war zunächst etwas schwierig. Wir haben aber dann jemanden gefunden, der diese Voraussetzungen erfüllt. Der ökologische Teil, der ist soweit abgeschlossen. Er ist jetzt in der Abstimmung. Der ökonomische Teil, der wirtschaftliche Teil, braucht etwas länger und ist in dem Sinne noch nicht abgeschlossen. Diese beiden Teile sind beauftragt worden und auf beiden Seiten wird geguckt, inwieweit es Möglichkeiten gibt, dass das was Sie mit vertreten, nämlich die Frage, die Gebühren - was im übrigen ja auch Sinn eines jeden ist, der sich mit Gebührenrecht auseinander setzt - möglichst gering für die Bürgerinnen und Bürger zu halten. Um das zu erreichen, bedarf es entsprechender Untersuchungen. Und die sind in Auftrag gegeben worden. Im Einzelnen bezieht sich das wie gesagt sowohl auf die Ökologie, wie auch auf die Ökonomie. Und deshalb ist jetzt im Detail noch mal nachzuschauen, was tatsächlich dann im Prüfungsverfahren raus kommt.

Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung
gefertigt für die Niederschrift des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 22.09.2010
von Nicole Schmidt
am 13. Oktober 2010
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Zu TOP 15

Anfrage der CDU-Fraktion zu „Gebührenbescheide für Grundstücksabgaben“ vom 29.01.2010

Zu 1. Wie konnte es sein, dass die aktuellen Grünstücksabgabebescheide für das Jahr 2010 fehlerhaft erstellt wurden ?

Aufgrund der beschlossenen Erhöhung der Abfallgebühren mussten im Rahmen der Jahressollstellung Jahresbescheide erzeugt werden. Die Ergebnisse der Jahressollstellung wurden am 26. Dezember 2009 in Zusammenarbeit mit dem KGRZ Kassel geprüft und notwendige manuelle Arbeiten, die trotz des EDV-Verfahrens immer notwendig sind, erledigt.

Dabei wurden auch Bescheide stichprobenweise geprüft, es wurden keine Fehler festgestellt. Der Gebührensatz für den 80-Liter Restabfallbehälter ist exakt durch 12 teilbar, diese Bescheide waren nicht fehlerhaft. Es ist zu vermuten, dass bei dieser Prüfung, ebenso wie vor Versendung der kuvertierten Bescheide, zufällig nur solche korrekten Fälle ausgewählt wurden, was bei ca. 7000 richtigen Bescheiden durchaus denkbar ist.

Unsere Nachfrage beim EDV-Dienstleister hat ergeben, dass in der Gebührenberechnung eine Formel hinterlegt war, die die Gebührenbeträge zunächst durch 12 geteilt, dann aufgerundet und schließlich wieder mit 12 multipliziert hat. Dies soll wegen der zunächst nicht im Verfahren vorgesehenen Berechnung im Falle von „Beteiligten“ notwendig gewesen sein.

Zu 2. Um wie viele Bescheide handelt es sich ?

25.208 Bescheide waren fehlerhaft.

Zu 3.: Wer ist für den Fehler verantwortlich ?

Nachforschungen haben ergeben, dass diese fehlerhafte Formel bei Einführung des Programms **new systems kommunal** im Jahr 2006 im System hinterlegt wurde.

In Gesprächen mit ekom 21 konnte jetzt nicht mehr aufgeklärt werden, wer diese Abrundungsmethode angeregt hat.

Da die Gebührenbeträge bisher immer durch 12 teilbar waren, hat diese Formel in der Vergangenheit nie zu fehlerhaften Festsetzungen geführt. Das ist jetzt erstmals der Fall.

Zu 4. : Welche Kosten sind dadurch entstanden.

Zusätzliche Kosten sind durch den Druck und die Kuvertierung der Bescheide , sowie Briefporto entstanden.

Da gemeinsam mit den Änderungsbescheiden die turnusmäßigen Abwasserabrechnungen für Jahres- und Monatsableser festgesetzt wurden, haben sich die Mehraufwendungen verringert.

Zu 5. : Wer trägt diese Kosten ? (Aufgeschlüsselt nach Kostenbereichen)

Wegen der nicht mehr aufzuklärenden Ursachensetzung (siehe Frage 3) wurde mit ekom 21 im Wege des gegenseitigen Interessensausgleich verabredet, dass die Bescheiderstellung und Kuvertierung durch den EDV – Dienstleister, das Mehrporto durch die Stadt Kassel getragen wird.

Zu 6.: Wie ist sichergestellt, dass derartige Fehler sich künftig nicht wiederholen ?

Die fehlerhafte Formel wurde inzwischen geändert, so dass die Abgabenbescheide vom 15.01.2010 ergehen konnten. Ferner wurde eine Liste aller im Verfahren beinhalteten Rundungen angefordert, damit auch die Rundungsgrundsätze anderer Abgabenarten umgehend überprüft und ggf. geändert werden können. Diese Überprüfungen sind noch im Gange.

Zugleich wurde mit ekom 21 eine Überprüfung der bisherigen Qualitätssicherung bei der Bescheiderstellung mit dem Ziel vereinbart , künftig einheitliche Standards anzuwenden.

1.10.10

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'P. P.', written in a cursive style.

Anlage zur 57. Niederschrift des Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 22. September 2010 zu

Tagesordnungspunkt 16

Beratungsnotstand im Kulturdezernat?

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.16.1606 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Veränderungen im Kulturdezernat haben eine solche Kompetenzlücke gerissen, dass sich der neue Kulturdezernent gezwungen sieht, Beratungshilfe in Höhe von knapp EUR 80.000,00 einzukaufen?
2. Warum sind die vorhandenen Mitarbeiter/innen nicht in der Lage die Aufgaben zu erfüllen?
3. Ist vorgesehen/notwendig, dass auch in den anderen Dezernaten kompetente Berater mit solchem finanziellen Aufwand engagiert werden müssen? (Bsp.: Sport / Soziales / Stadtplanung)
4. Warum erfolgte keine Anstellung im Rahmen eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses?
5. Welcher zeitliche und inhaltliche Umfang ist mit dem Beratungsvertrag abgedeckt (Zuständigkeit / Stundenumfang)?
6. Wie ist der Beratervertrag mit Herrn Nordhoff haushaltstechnisch zu beurteilen? (nicht verabschiedeter Haushalt / "freiwillige Leistung")
7. Im Jugendcafe Treppenstraße herrscht nach übereinstimmender Meinung aller Mitglieder des Jugendhilfeausschuss ein fast notfallmäßiger Personalnotstand. Hat der Magistrat vor, zum Beispiel auch an dieser Stelle kurzfristig mit dem Einsatz von Honorarmitteln in 5-stelliger Höhe Entlastung zu schaffen?

Antwort von Oberbürgermeister Hilgen

Im Kulturamt der Stadt Kassel herrscht keine Kompetenzlücke. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hoch qualifiziert, hoch engagiert und machen ihre Arbeit wunderbar. Das war so, das ist so und ich bin sicher, das bleibt so. Dessen ungeachtet ist es Praxis der Stadt Kassel, dass in besonderen Fällen bzw. zu besonderen Aufgabenstellungen externe Hilfe in Anspruch genommen wird und Spezialwissen für diese Zwecke eingekauft wurde.

Ich will Ihnen aus der Vergangenheit ein paar Beispiele nennen.

Wir haben beispielsweise im Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt Kassel zur Kulturhauptstadt externe Beratungen in der Größenordnung von 228.000 Euro eingekauft.

Wir haben für den Masterplan „Städtische Museen Kassel“ einen Betrag von 99.500 Euro ausgegeben um eine Expertise von Hegger, Hegger & Schleiff zu bekommen.

Wir haben über das museologische Konzept des Stadtmuseums eine externe Studie in der Größenordnung von 20.000 Euro durchgeführt, und ich könnte jetzt noch ein paar Weitere nennen. Ich sage das deswegen, weil ich deutlich machen will, dass die Inanspruchnahme externer Hilfe fürs Kulturamt - im Übrigen auch nicht nur für das Kulturamt, sondern insgesamt auch für andere Bereiche der Verwaltung - ein ganz normaler Vorgang ist. Und kein Anzeichen dafür, dass eine wie Sie es ausdrücken „Kompetenzlücke“ entstanden wäre.

Das beantwortet auch die Frage zwei, bei der danach gefragt wird, warum die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in der Lage seien die Aufgaben zu erfüllen. Die arbeiten viel, die arbeiten gut, aber es gibt bestimmte Themen, da muss man externen Rat und externe Arbeit hinzu kaufen, weil sie temporär und nicht auf Dauer ausgelegt ist.

3. Frage

Ist vorgesehen/notwendig, dass auch in den anderen Dezernaten kompetente Berater mit solchem finanziellen Aufwand engagiert werden?

Ich halte das für überwiegend wahrscheinlich.

Ich will Ihnen aus der Vergangenheit sagen, dass wir auch dort externe Hilfe in Anspruch genommen haben. Es ging um ein Gutachten zur Regionalreform, das wir bei der Universität in Anspruch genommen haben. Wir hatten bei Sahl Oppenheim - Sie können sich an das Thema Städtische Werke erinnern - einen Gutachter beauftragt. Wir haben im Zusammenhang - das war noch eine Aufgabe meines Vorgängers im Kulturdezernat - über das Thema Museumslandschaft eine externe Beratungsfirma hinzugezogen und wir haben auch den Bereich des Jugendamtes zweimal extern um eine Untersuchung der Kostenentstehungsfaktoren beim allgemeinen sozialen Dienst nachgefragt. Und das wird künftig auch so bleiben, weil die Verwaltung zwar klug ist, aber nicht alles weiß oder ein Arbeitsanfall herrscht, der eine temporäre Ergänzung und Komplettierung unseres Wissens und unserer Arbeit erforderlich macht.

Die 4. Frage lautet:

Warum erfolgte keine Anstellung im Rahmen eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses?

Das ist dem Umstand geschuldet, dass diese Aufgaben temporär sind und wir sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in aller Regel nur dann besetzen, wenn es eine dauerhafte Aufgabe ist, oder jedenfalls eine solche, bei der der Endpunkt sicher ist. Im Übrigen bin ich mir auch nicht sicher, ob die Menschen, die wir da suchen in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis bei der Stadt Kassel tätig werden würden. Ich kann das für Herrn Bogner aus Wien relativ sicher ausschließen. Um nur ein kleines Beispiel zu nennen.

5. Welcher zeitliche und inhaltliche Umfang ist mit dem Beratungsvertrag abgedeckt?

Wie üblich ist bei den Verträgen das Thema und die Arbeitsleistung beschrieben und in welcher Zeit die erledigt wird. Wie viel Stunden dafür aufgewandt werden, sind nicht Gegenstand des Vertrages. Hier ist es auch so. Es geht um die Entwicklung eines Konzepts zur Stärkung Kassels im Bereich documenta. Übrigens auch ein Gegenstand der Vereinbarung die wir mit dem Land als Kulturvereinbarung im Kulturvertrag beschlossen haben. Es geht um die inhaltliche Profilierung der Stadt Kassel als Stadt der Brüder Grimm. Sie wissen, dass wir planen am Weinberg ein neues Brüder Grimm-Museum zu bauen, dass wir die Zusammenarbeit mit der Universität verstärkt haben. All das setzt konzeptionelle Arbeiten voraus, die man im Kulturamt alleine nicht nebenbei machen kann. Und Sie wissen, dass wir im Jahre 2013 unsere 1100-Jahr-Feier begehen und wir die nicht durch eine einzelne Festwoche begehen wollen, sondern ein Konzept anstreben, in dem alle Bürgerinnen und Bürger die ein Interesse haben und alle Institutionen beteiligt sind. Das setzt voraus, dass man eine Organisationsstruktur hat, die das gewährleistet. Einschließlich einer Internetplattform, die Sie im Übrigen bereits im Netz sehen. Und wenn Sie vor der Sommerpause in der Stadthalle waren, haben Sie auch den ersten Kongress zu unserer 1100-Jahr-Feier, die erste Open Space, vorgefunden, die ja Dr. Nordhoff und seine Gesellschaft vorbereitet hat.

6. Wie ist der Beratervertrag mit Herrn Dr. Nordhoff haushaltstechnisch zu beurteilen?

Er ist zu einem Zeitpunkt abgeschlossen worden, als wir noch Haushaltsplan hatten.

Und dann richtet sich die Vergabe von Aufträgen nach § 114 f der Hessischen Gemeindeordnung. Solche Verträge sind möglich, wenn sie notwendig sind um wichtige Aufgaben fortzusetzen. Ich will noch mal deutlich machen, dass das Jahr 2013 vor der Tür steht. Das das Thema „documenta-Profil“ und die Frage „Haus der documenta“ ebenso wie das Thema Grimm und der Ausbau des Stadtmuseums Gegenstand des Vertrages mit dem Land Hessen sind und angegangen werden müssen.

Die 7. Frage bezieht sich auf das Jugendcafé in der Treppenstraße und die Frage, ob man dort bei dem Personalnotstand etwas hätte tun müssen.

Nach einer Information aus unserem Jugendamt ist dort gehandelt worden. Es sind Gespräche über konzeptionelle Vorschläge geführt worden und es wurde eine Praktikantenstelle vermittelt, mit dem Budget der Kinder- und Jugendförderung. Es wurde ein Teil einer Honorarkraft zur Verfügung gestellt und der Kasseler Jugendring hat einen Sozialassistenten vermitteln können. Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln haben wir das Mögliche getan, um im Jugendcafé Abhilfe aus deren Schwierigkeiten zu schaffen.

Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung
gefertigt von Nicole Schmidt
am 14.10.2010
Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Anlage zur 57. Niederschrift des
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
vom 22. September 2010 zu**

**Tagesordnungspunkt 18
Situation Schaustellerverband**

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1669 -

Bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse auf der Schwanenwiese hat der Vorsitzende des Schaustellerverbandes Kassel-Göttingen e.V., Herr Konrad Ruppert, öffentlich über finanzielle Schwierigkeiten, insbesondere die Kostenbelastung durch die finanzielle Beteiligung am Ausbau der Schwanenwiese, den Wegfall der Einnahmen aus dem eigenständig durchgeführten Weihnachtsmarkt auf dem Friedrichsplatz und hohe städtische Gebühren, welche die Durchführung zukünftiger Messen auf der Schwanenwiese gefährden und zur Insolvenz des Schaustellerverbandes führen könnte, geklagt.

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Bedeutung haben die Messen auf der Schwanenwiese für die Kasseler Bevölkerung?
2. Wie beurteilt der Magistrat die finanzielle Situation des Schaustellerverbandes?
3. Welche Kosten entstehen dem Schaustellerverband durch die finanzielle Beteiligung am Ausbau des Festplatzes Schwanenwiese?
4. Welche Gebühren werden für die Durchführung der Messen erhoben und gibt es Möglichkeiten, diese zu reduzieren oder zu erlassen?
5. Welche Möglichkeiten gibt es aus Sicht des Magistrats, dem Schaustellerverband bei seinen finanziellen Problemen zu helfen?
6. Wie beurteilt der Magistrat diesbezügliche Vorschläge des Schaustellerverbandes wie zum Beispiel die Durchführung eines Volksfestes vom 30.09. bis 04.10.2010 in der Innenstadt?

Antwort von Bürgermeister Kaiser

Erste Frage „welche Bedeutung haben die Messen auf der Schwanenwiese für die Kasseler Bevölkerung?“

Das ist sehr schwierig zu beurteilen, weil ich den Gesamteindruck der Kasseler Bevölkerung nicht kenne, welche Bedeutung sie für das Fest haben. Aber ich kann Ihnen mitteilen, dass es leider nur noch wenige Volksfeste ganz besonderer Natur gibt, die mehr oder weniger noch expandierend sind. Eines davon ist das, was zur Zeit gerade stattfindet, das Münchner Oktoberfest. Vielleicht noch irgendeins in Hamburg und dann hört es aber auch schon langsam auf. Das heißt, der Gesamtcharakter von Volksfesten nimmt weiter ab. Das ist der eine Punkt. Auch für die Bevölkerung in Kassel ist festzustellen, dass offensichtlich der Zugang zu Volksfesten nicht mehr der ist, wie früher. Das geht möglicherweise mit zwei Dingen einher. Das eine ist, dass wir auch hier einen gewissen demographischen Wandel zu beachten haben, die Bevölkerung altert und ältere Menschen gehen vielleicht nicht mehr so häufig auf ein Volksfest wie junge Menschen. Das ist der eine Punkt.

Und der zweite Punkt ist der, dass es seit den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von sogenannten Freizeitparks gibt, die ein sehr ähnliches Angebot dem eines Volksfestes haben, zu einem festen Eingangsbetrag, mit einem reichhaltigen Angebot und einer Dauernutzung. Möglicherweise hat sich auch da das Interesse ein wenig verändert. Festzustellen ist allerdings auch, dass wenn Volksfeste etwas näher zur Stadt rücken, das ist zumindest in einigen Städten ähnlicher Größe wie der unseren oder auch kleineren Städten so, die Schausteller die Erfahrungen gemacht haben und auch die Städte, dass das belebend sein kann zum Fest oder fürs Fest als auch für die Städte.

2. Finanzielle Situation der Schausteller

Ich kenne nicht die Bilanzen der Schausteller. Ich kenne auch nur das, was Sie kennen, nämlich dass die Schausteller klagen. Und dass sie befürchten, dass bei den jetzigen Einnahmen, die sie im Bereich beispielsweise der Schwanenwiese erzielen, zumindest auf unserem Gebiet, die Einnahmen nicht mehr so sind, wie sie früher waren. Die Kosten sind gestiegen und damit schmälert sich die Ertragslage. Mehr kann ich aus dieser Sicht dazu auch nicht sagen, weil es keinen Zwang zur Vorlage von Bilanzen gibt. Ich kann mir aber vorstellen, dass die Ertragssituation nicht so günstig ist wie noch vor 10 oder 15 Jahren.

Die Fragen 3 und 4 würde ich ganz gerne zusammenfassen. Sie beziehen sich nämlich mehr oder weniger auf das Gleiche. Das ist die Frage der finanziellen Beteiligung für den Festplatz Schwanenwiese und die damit verbundenen Gebühren.

Die Schausteller haben einstmals, als es um die Verlagerung ihres Schaustellerplatzes von der Unterneustadt in die Schwanenwiese ging, sich an der Herstellung mit einem damaligen DM-Betrag von 1 Million beteiligt. Der wiederum ist entsprechend zu tilgen. Es gibt die Problematik, dass die Tilgung und alles was an Kosten zusammenhängt einen gewissen Betrag ausmacht, der bis zu einem gewissen Zeitpunkt aus Sicht der Stadt nur zur Hälfte zu zahlen war, um auf der anderen Seite die Belastung entsprechend ausgleichen zu können. Dieser Vertrag hatte eine Laufzeit, wir kennen Probleme mit Verträgen die Laufzeiten haben auch aus anderen Zusammenhängen, die konnte mit Optionen versehen schon einmal verlängert werden. Grundsätzlich ist auch die Bereitschaft weiterhin bei der Stadt, sich darüber Gedanken zu machen, wie eine zweite Option aussehen könnte. Ich möchte aber gleich die Klammer auf und zu machen, aus Sicht der Schausteller ist das alleine nicht ausreichend um, jetzt bezogen auf Ihre Frage 2, die Sie allerdings nur vortragen, ihre finanzielle Situation zu bessern.

Komme ich zu Frage 5

Das ist eine Frage, die kann der Magistrat nicht beantworten. Wir könnten natürlich, wenn die Stadtverordnetenversammlung entsprechende Beträge in den Haushalt einstellt, gewisse Unterstützungsleistungen an den Schaustellerverband tätigen. Aber ich vermute mal, bei der jetzigen Lage des Haushaltes und soweit mir bekannt ist habe ich in 2011 keine Position gefunden, die dieses ermöglichen würde. In der Hinsicht schätze ich das mal als eher gering ein. Wenn nicht gar gegen Null.

Bleibt dann der 6. Punkt

Sie haben die Diskussion verfolgen können aus Ihrer Fragestellung vom März.

Die Lage ist die, dass die Schausteller eine entsprechende Bitte an uns heran getragen haben. Wir haben Ämter übergreifend die Ausgangslage geprüft, geguckt, unter welchen Bedingungen möglicherweise ein solches Ansinnen genehmigt werden könnte. Insbesondere deshalb, weil an diesem Tag ja die Casseler Freyheit stattfindet und die wiederum keine Veranstaltung der Stadt ist, sondern die der Citykaufleute und nur durch Kassel Marketing entsprechend gesteuert wird. Deshalb war sehr vorsichtig damit umzugehen und deshalb hat der Magistrat im Schulterschluss mit den Citykaufleuten eine Lösung angestrebt.

Wie Sie wissen ist dieses Bestreben insoweit mit Erfolg gekrönt, dass eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden konnte, dass die Schausteller jetzt an diesem Kasseler-Freyheits-Event -plus minus von wenigen Tagen, nämlich von Freitag bis Montag- jetzt in der Innenstadt explizit am Friedrichsplatz einen Teil bespielen dürfen.

Ich stelle gleich fest. Der Teil der bespielt werden darf, ist nicht grün sondern ausschließlich befestigt. Und wir haben gleichfalls die Schausteller gebeten und mit in Auftrag gegeben bei der Frage der Konzepterstellung darauf zu achten, dass das was angeboten wird, ich sage jetzt mal „nicht so alltäglich“ ist, sondern dem Stadtbild angemessen eine gewisse Qualität hat. Nun können wir darüber wahrscheinlich streiten, weil Qualität wieder eine Frage von Geschmack ist. Allerdings haben die Schausteller uns versichert und auch in enger Absprache mit den Citykaufleuten, dass sie versuchen werden diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Ob das dann so ist, lässt sich wahrscheinlich am 05.10. feststellen. Die Auflagen, die erteilt worden sind, bezogen auf die Nutzung des Platzes, sind die üblichen. Das heißt, sie sind natürlich verpflichtet sollten Schäden entstehen, diese zu reparieren, alles was dazu gehört. Auf dieses haben sie sich wiederum eingelassen. Ergänzend dazu möchte ich feststellen, um die Frage noch mal mit 3 und 4 zu verknüpfen, natürlich wird eine Sondernutzungserlaubnis erteilt, die mit Kosten von rund 3000 Euro belastet ist, was allerdings für den Schaustellerverband in Bezug auf Frage 2 jetzt nicht den Ruin bedeutet hat, sondern sie haben es auch getragen.

Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung
gefertigt von Nicole Schmidt
am 15.11.2010
Büro der Stadtverordnetenversammlung

zu TOP 20

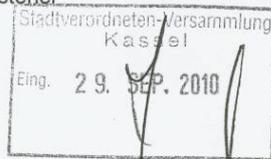
Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Stadt Kassel • 34112 Kassel

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Hendrik Jordan

im Hause



Rathaus

Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel

Telefon: 0561 787-3301

Telefax: 0561 787-2213

E-Mail: bertram.hilgen@stadt-kassel.de

Stadtverwaltung im Internet:
www.stadt-kassel.de

28. September 2010

**Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am 22. September 2010**

Nutzung eines Dienstfahrzeuges durch den Oberbürgermeister
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1700 -

Guten Tag Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG vom 26.04.2010 über die Nutzung eines Dienstfahrzeuges durch den Oberbürgermeister habe ich in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 22.09.2010 wie folgt beantwortet:

zu Frage 1

Welche Marke/Klasse Dienstfahrzeuge standen den amtierenden Oberbürgermeistern der Stadt Kassel in den Jahren 2003 bis 2010 zur Verfügung?

2003	OB Lewandowski	DB E-Klasse 320 CDI
2004	OB Lewandowski	DB E-Klasse 320 CDI
6/2005	OB Lewandowski	DB E-Klasse 320 CDI
7/2005	OB Hilgen	DB B-Klasse 200 CDI
2006	OB Hilgen	DB C-Klasse 200
2007	OB Hilgen	DB C-Klasse 200
2008	OB Hilgen	DB E-Klasse 200 NGT
2009	OB Hilgen	DB E-Klasse 250 CGI
2010	OB Hilgen	DB E-Klasse 250 CGI

Die E-Klasse ist seit 2008 in der Anschaffung (Leasingrate) durch einen höheren Nachlass wesentlich billiger als die C-Klasse. Die E-Klasse 200 und 250 hat den gleichen Hubraum.

zu Frage 2

Welche Kosten sind je Haushaltsjahr (Angaben Ist bzw. Plan) im Zusammenhang mit dem Fahrzeug entstanden? (Angaben in Bezug auf Leasing-/Anschaffungskosten und laufende Kosten Steuern/Versicherung/ Verbrauch/ Fahrzeugunterhaltung)

Die Fahrzeugkosten wurden erst ab 2004 getrennt erfasst, daher können für 2003 keine Zahlen für das OB Fahrzeug vorgelegt werden.

Leasingkosten

2004	6.082 €
2005	9.937 €
2006	4.857 €
2007	4.763 €
2008	3.589 €
2009	3.544 €

Steuern

2004	509 €
2005	215 €
2006	0
2007	0
2008	0
2009	154 €

Versicherung (ADG- Autoschadenausgleich Deutscher Gemeinden und Gemeindeverbände)

2004	1.317 €
2005	1.014 €
2006	863 €
2007	1.063 €
2008	1.253 €
2009	968 €

Verbrauch

2004	4.145 €
2005	4.768 €
2006	3.726 €
2007	3.994 €
2008	3.326 €
2009	2.599 €

Fahrzeugunterhaltung

2004	2.150 €
2005	1.751 €
2006	806 €
2007	336 €
2008	677 €
2009	591 €

zu Frage 3

Wie lagen die Verbrauchskosten der eingesetzten Fahrzeuge (Werksangabe I / auf 100 Km?)

2004	43930 km (Diesel)	4145 € Verbrauch	9,44 € / 100 km
2005	39804 km (Diesel)	4768 € Verbrauch	11.98 € / 100 km
2006	29322 km (Benzin)	3726 € Verbrauch	12.71 € / 100 Km
2007	25057 km (Benzin)	3994 € Verbrauch	15.93 € / 100 km
2008	29554 km (Benzin/Gas)	3326 € Verbrauch	11.25 € / 100 km Gas 500 € frei
2009	28164 km (Benzin)	2599 € Verbrauch	9.23 € / 100 km

zu Frage 4 und 5

**Wie hoch war die CO2 Emission der Fahrzeuge pro Kilometer?
Wie war die Schadstoffklasseneinstufung nach der Euro Norm?**

2003	320 CDI	301 g CO2	EU Norm 3
2004	320 CDI	301 g CO2	EU Norm 3
2005	320 CDI	214 g CO2	EU Norm 4
2005	200 CDI	159 – 165 g	EU Norm 4
2006	200	214 g CO2	EU Norm 4
2007	200	214 g CO2	EU Norm 4
2008	200 NGT	170 g CO2	EU Norm 4
2009	250 CGI	179 g CO2	EU Norm 5

fflu